

Information

Forschungsprojekt „Widerstand und Verfolgung im Provinzialverband der Rheinprovinz in der Zeit des Nationalsozialismus“

– Abschlussbericht –

1. Das Projekt

Von Oktober 2008 bis September 2010 wurden im Rahmen eines im Archiv des LVR angesiedelten Volontariats umfangreiche Recherchen zum Thema „Widerstand und Verfolgung im Provinzialverband der Rheinprovinz in der NS-Zeit“ durchgeführt. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen sowohl die Beschäftigten der Rheinischen Provinzialverwaltung, ihrer Außendienststellen und der selbstständigen provinziellen Institute als auch die Abgeordneten des Provinziallandtags. Ziel war es, anhand des überlieferten Quellenmaterials Lebenswege von Beschäftigten und Abgeordneten zu rekonstruieren, die zwischen 1933 und 1945 Widerstand gegen das NS-Regime leisteten und / oder verfolgt wurden. Dazu wurden die einschlägigen Bestände des Archivs des LVR systematisch ausgewertet und durch Quellen aus anderen Archiven sowie Gedenkstätten ergänzt. Auf Sekundärliteratur konnte nur in geringem Umfang zurückgegriffen werden, da die Aufarbeitung der Geschichte des Provinzialverbandes im Nationalsozialismus noch erhebliche Lücken aufweist. Die hier vorgestellte Untersuchung soll dazu beitragen, einen kleinen Teil dieser Lücken zu schließen.

2. Die Ergebnisse

Insgesamt konnten die Namen von **114 Personen** erfasst werden, die zwischen 1933 und 1945 aus den verschiedensten Gründen verfolgt wurden. 46 davon waren Beschäftigte des Provinzialverbandes der Rheinprovinz, 68 Abgeordnete des Rheinischen Provinziallandtags.

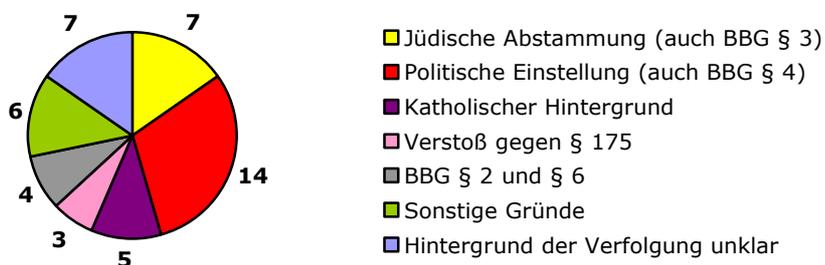
a) Beschäftigte des Provinzialverbandes

Ein großer Teil der **46** ermittelten ehemaligen Beschäftigten wurde zwischen Sommer 1933 und Frühjahr 1934 auf der Grundlage des am 7. April 1933 erlassenen „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) aus dem Dienst entlassen oder vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Dieses Gesetz legitimierte die Kündigung von „nicht-arischen“ Personen (§ 3), politisch Oppositionellen (§ 4) sowie Beamten, die nicht die vorschriftsmäßige Beamtenlaufbahn absolviert hatten (§ 2).

Die übrigen Personen verloren in den folgenden Jahren ihre Arbeit und viele von ihnen gerieten in das Visier der Gestapo. Die Gründe für Entlassung und Verfolgung waren ebenso vielfältig

Diese Information wird Ihnen vom Archiv des LVR zur Verfügung gestellt.

wie die Art der „Sanktionierung“ durch die Provinzialverwaltung, die – im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen – von Fall zu Fall durchaus unterschiedlich ausfiel. Die häufigsten Motive waren eine abweichende politische Einstellung, jüdische Abstammung, das Festhalten an katholisch geprägten Wertvorstellungen sowie die sexuelle Orientierung (Verstoß gegen § 175).

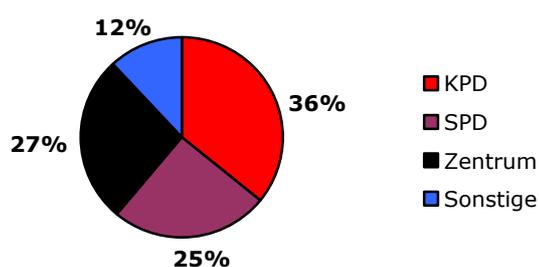


Zeitgenössische Quellen belegen, dass die tatsächliche Anzahl der zwischen 1933 und 1945 entlassenen Beschäftigten die hier genannte Zahl um ein Vielfaches übersteigt. Die Namen aller betroffenen Personen lassen sich jedoch nicht mehr rekonstruieren, da die Quellenüberlieferung infolge von Kriegseinwirkungen, gezielter Aktenvernichtung vor Kriegsende und archivischer Bewertung große Lücken aufweist. Insbesondere über Personen in niedrigen Diensträngen liegen wenige Informationen vor, obwohl diese einen vergleichsweise hohen Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl hatten. Trotz dieser problematischen Quellenlage ergeben die recherchierten Biographien ein sehr umfassendes Bild der Situation zwischen 1933 und 1945. Es wird deutlich, dass sich die Provinzialverwaltung bei ihren Personalentscheidungen streng an den vom NS-Regime erlassenen Gesetzen orientierte. An den Stellen, wo es Handlungsspielräume gab, wurde je nach Fall sehr unterschiedlich entschieden, wobei Personen, die sich durch ihre fachliche Leistung bewährt oder einflussreiche Fürsprecher hatten, eine höhere Chance hatten, im Dienst zu verbleiben als andere. Zu beobachten ist auch, dass bei den Beschäftigten, die nicht aufgrund von Gesetzen ausscheiden mussten, die Entlassung fast immer „von unten“, d.h. von Kollegen oder direkten Vorgesetzten betrieben wurde. Diese Ergebnisse sind mit den Vorgängen in anderen kommunalen und staatlichen Verwaltungen vergleichbar.

b) Abgeordnete des Provinziallandtags

Die **68** ermittelten ehemaligen Abgeordneten des Provinziallandtags wurden in der Regel aufgrund ihrer politischen Tätigkeit von staatlicher Seite verfolgt. Die hohe Zahl der ermittelten Abgeordneten resultiert daraus, dass diese Personengruppe aufgrund ihrer politischen Aktivitäten besonders stark von der Verfolgung der Nationalsozialisten betroffen war. Zudem ist hier die Quellenlage deutlich besser als bei den Beschäftigten des Provinzialverbandes.

Diese Information wird Ihnen vom Archiv des LVR zur Verfügung gestellt.



Parteizugehörigkeit der zwischen 1933 und 1945 inhaftierten Abgeordneten des Rheinischen Provinziallandtags

Bei mindestens 38 ehemaligen Beschäftigten und Abgeordneten lassen sich Formen von Widerstand oder resistentem Verhalten belegen. Das Spektrum dieser Handlungen war groß und ihre Wirkung stark unterschiedlich. Sie reichten von halböffentlichen Äußerungen über führende Nationalsozialisten oder dem Bezug illegaler Schriften – Letzteres wurde bereits als Hochverrat geahndet – bis hin zur Beteiligung am Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944. Alle diese widerständigen Handlungen waren Einzelfälle; ein organisierter Widerstand innerhalb des Provinzialverbandes lässt sich nicht nachweisen. Die Behauptung des Medizinaldezernenten Prof. Dr. Walter Creutz und mehrerer leitender Ärzte an Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, sie hätten aktiven Widerstand gegen die „Euthanasie“ geleistet, konnte durch vorangegangene Forschungsarbeiten glaubhaft widerlegt werden.

76 der ermittelten Personen waren zwischen 1933 und 1945 in einem Gefängnis, Konzentrations- oder Arbeitslager inhaftiert. 18 von ihnen kamen dort ums Leben, wurden hingerichtet oder starben an den unmittelbaren Folgen der Haft. Eine Person wurde nach ihrer Emigration in die Sowjetunion Opfer stalinistischer „Säuberungsaktionen“.

3. Weitere Vorgehensweise

Es ist vorgesehen, die recherchierten Biographien verbunden mit einer Darstellung der historischen Hintergründe zu veröffentlichen. Darüber hinaus wird angeregt, die Erforschung der Geschichte des Provinzialverbandes der Rheinprovinz in der Zeit des Nationalsozialismus und die Auswertung der zeitgenössischen Quellen im Archiv des LVR in größerem Umfang fortzuführen, als dies im Rahmen eines Volontariats möglich war.

Ulrike Holdt M. A.
Wissenschaftliche Volontärin im LVR-AFZ (Archiv des LVR)

Diese Information wird Ihnen vom Archiv des LVR zur Verfügung gestellt.